

der „Römischen Zeitung“ hin, ob nicht zwischen unserem heutigen Regierungsprogramm und den Wilsonschen Forderungen gewisse Unterschiede beständen, mit bemerkenswerter Schärfe erwidert, daß wir „das ganze Programm Wilsons ohne Ausnahme und Einschränkung als Grundlage für den Frieden angenommen haben.“

Diese Art der Wilsonschen Fragen ist, eben weil sie sich auf das ganze Wilsonsche Programm bezieht, vielleicht die schwerwiegendste von allen diesen. Man braucht sich nur klar zu machen, was ja nach den letzten Vorgängen in Warschau weniger als Geheimnis ist, daß Wilson ein allpolitisches Reich in voller Unabhängigkeit und mit eigenem Zugang zum Meere verlangt und versprochen hat, wodurch unter Umständen unsere Ostmarken — Westpreußen, Polen, Oberschlesien — in Mitteleinsicht gezogen werden könnten. Vielleicht ist das der bedrohlichste Punkt seines ganzen Programmes für uns, und es wird besonderer Geschicklichkeit unserer leitenden Stellen bedürfen, um seine Schwierigkeiten zu umgehen.

Man darf wohl glauben, daß man sich in Berlin mit der Verantwortung dieser vorläufigen Rückfrage des Präsidenten beschäftigt, weil man nur dann hoffen kann, bis zum Wochenende im Beflfe seiner endgültigen Antwort zu sein, die der Reichskanzler je in der auf den Sonnabend angelegten Vollziehung des Reichstages mitteilen gedenkt.

Weitere Neubesetzungen

○ Berlin, 9. Oktober. (Drucksbericht unserer Berliner Schriftleitung.) In parlamentarischen Kreisen erhält sich das Gerücht, daß auch Herr Haushmann zum Staatssekretär ohne Portefeuille ernannt werden soll. Damit hätte Württemberg vier Männer in der neuen Regierung. Auch von anderen Personalveränderungen, die für die nächsten Tage bevorstehen, wird viel gesprochen. Der Korpskommandant von Silesien, der oft genannte Herr von Vietinghoff, sollte endlich zurücktreten. Man wird dem Herrn auch wohl nirgends eine Erneur nachweisen. General Scheuch ist zum Nachfolger des preußischen Kriegsministers angesesehen. Daneben wird noch Generalmajor Röhl, der Leiter der Kriegsabteilung genannt. Er würde aber zurzeit kaum abkömmlich sein. Oberbürgermeister Schwander aus Straßburg ist in Berlin eingetroffen. Man nimmt an, daß er für die Übergangszeit zum Nachfolger des zurücktretenden Stadthalters der Reichslande von Dallwitz ausreichen soll, um in die neue Verfassungsform Elsas-Losringens überzugehen.

○ Berlin, 9. Oktober. (Drucksbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Daß der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. David für das Auswärtige Amt und der forschthilfliche Komrat Hahnmann für die Reichskanzlei in Aussicht genommen sind, ist nach unseren Informationen richtig. Doch sind bei der endgültigen Regierung Änderungen noch möglich. Die „Germannia“ begrüßt den neuen Kriegsminister Generalmajor von Scheuch mit befriedigender Herzlichkeit und schreibt: Dem neuen Minister hörten wir nachdrücklich aus, daß er sich in Reichslanden großen Vertrauens und nicht geringer Beliebtheit erfreut.

* Die „Voss. Zeit.“ meint ebenfalls, daß Herr Conrad Haubmann demnächst in die Regierung einzutreten soll. Sie fügt hinzu: Wenn die Erwartungen sich bestätigen würden, würde Prinz Max sich der niederer Militäraut eines Mannes erfreuen, der wohl das meiste dazu getan hat, den jungen Kaiser an die Spitze der Reichsbehörde zu bringen. Als weiterer Unterherrschaftsrat wird der Sozialdemokrat Robert Schmidt für das Reichsministerium genannt.

Das „Berl. Tagebl.“ indes behauptet, daß einstweilen noch keine Entscheidung getroffen sei. Das Blatt findet es nicht für ausgeschlossen zu halten, daß Herr Haushmann als Unterstaatssekretär in das Auswärtige Amt eintrete, während andere in ihm den künftigen Chef der Reichskanzlei sehen wollen.

Der Nachfolger Waldbows

○ Berlin, 9. Oktober. (Drucksbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Als Nachfolger für Herren von Waldbow soll Professor Dr. Leidig, früher Geschäftsführer des Hansebundes, in Aussicht genommen sein. Dr. Leidig ist ein altes und ehriges Mitglied der nationalliberalen Partei. — (Wir geben diese und nicht wahrscheinlich vorkommende Nachricht mit Vorbehalt wieder. D. Schriftl.) *

Berlin, 9. Oktober. (Eig. Drucksbericht.) Den neuen Staatssekretären ohne Portefeuille, Scheidemann, Erzberger und Gröber, sind jetzt Arbeitsräume zugewiesen worden. Staatssekretär Scheidemann hat sein Arbeitszimmer im Reichstag am 9. Innern.

Politische Nachrichten

○ Der Aufstieg des polnischen Regierungskomitees ist, wie das „Berliner Tageblatt“ von polnischer Seite hört, im Einvernehmen mit den Okkupationsbehörden erfolgt. Man sagt, daß der Regierungskomitee nur durch diejenigen Schriftsteller seine Position habe bepunkteten. Während der Polenklub in Göttingen in seinem Programm eine

seine politische Linie gefordert habe, spricht der Aufruf des Regierungskomitees nur „den Zugang zum Meere“. Auch sonst seien die Aussagen des Regierungskomitees mit der Logik nicht vereinbar, die Polen dem Deutschen Reich schulde. Der Aufruf geht lediglich von den 14 Punkten Wilsons aus, die auch die deutsche Regierung als Grundlage ihrer Friedenspolitik aufgestellt habe. Demselben Blatte geht noch folgende Zulichheit von politischer Seite mit der Hilfe um Verständigung zu: Im Gegenzug zu den Melbungen der Berliner Presse entspricht der sofortige Beginn des Abbaues der deutschen Okkupation in Polen durchaus dem dringenden Wunsche der politischen Regierung. Was dagegen die rein militärische Besetzung des Landes betrifft, so ist hierfür das Interesse der Bevölkerung ausschlaggebend, die Schaffung einer russischen Nachbarschaft.

* Der politische Regierungskomitee richtete folgendes Telegramm an den Reichskanzler: Der Regierungskomitee des Königreichs Polen steht immer daran, daß die Verhältnisse des auferstandenen Königreichs Polen zum benachbarten Deutschen Reich im Sinne der Gerechtigkeit und gegenwärtigen Verständnis zu gestalten. Er begrüßt daher mit Bestreitigung in den Worten Ihrer großzügigen Hoheit enthaltene Ankündigung einer möglichst schnellen Besetzung der übrigen Posten der Okkupation als einen bedeutsamen Schritt auf diesem Wege. Möge es Eurer großzügigen Hoheit gegeben sein, dem deutschen Volke einen dauernden Frieden nach dem Grundsache der allgemeinen anerkannten Rechte aller Völker auf Selbstbestimmung und freie Entwicklung zu sichern.

○ Der weitere Vorstand der deutsch-konservativen Partei hat am heutigen Mittwoch im Herrensaal zu Berlin eine aus allen deutschen Bundesstaaten und allen preußischen Provinzen hergestellte Versammlung abgehalten, in der die politische Lage besprochen wurde. Einstimig gelangte eine Entschließung zur Annahme, die mit den Söhnen beginnt: Deutsche Männer und Frauen! Das Vaterland ist in Gefahr. Was unseres Vaters und uns selbst und seiner gewesen ist, steht auf Spiel. Deutchen, der Staat Friedrichs des Großen, für den andere Väter in den Befreiungskämpfen gelebt haben, das Werk der Hohenzollern, das neue Deutschland Wilhelms I. und Bismarcks mit allen seinen Bundesstaaten. Das alles kann und darf nicht untergehen. Wenn der Präsident Wilson für den Eintritt in Friedensverhandlungen Bedingungen stellt, deren Annahme Deutschlands Ehre und Unverschämtheit unseres nationalen Daseins und die wirtschaftliche Zukunft aller Volksschreie vertrühen würde, dann muß das deutsche Volk mit Einholer ihrerer Kraft den Kampf frischen, bis ein ehrenvoller Friede erreicht sein wird. Deutsches Ziel alles unterzutun! Ich lege unterste und dringendste Pflicht. Deshalb wollen und müssen wir dem Aufstehen unseres Kaisers folgen und unser Vaterland in einem Volksschreie das Gewichteln tragen, daß es jetzt um unser Heil steht.“ Im Anschluß wird dann weiter gezeigt, in der Heimat mögliche jedoch weitere Opfer getragen und alles zurückgestellt werden, was uns dabei menschlich und wirtschaftlich schaden könnte. So schwer auch die Bedenken gegen über der Steuerung unserer inneren politischen Tendenzen zu führen seien, wir müssen zurücktreten, solange es gilt, daß das deutsche Volk wie ein Mann im entscheidenden Kampfe zusammensteht.“

* Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Österreichs hat an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands anlässlich der Demokratisierung Deutschlands ein herzliches Glückwunschtelegramm gerichtet, in dem die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Tage des Friedens und der politischen Befreiung des deutschen Volkes jetzt kommen möchten.

* Fortsetzung des Gesprächs mit Frankreich. Wie bereits angekündigt wurde, traf am 7. Oktober ein Vertreter aus 500 Bürgern aus Frankreich ein. Er brachte u. a. die Deutschen, die vor Reichsbrand in Marokko ansässig waren und nun endlich aus französischer Hof bestellt worden sind. Erst der immer wieder auftretenden Schwierigkeiten ist die deutsche Regierung dauernd berausföhrt, den allgemeinen Austausch der Staatsbürger im Laufe der Zeit ganz durchzuführen.

* Der Balkanzug ist am Dienstag nachmittag 4 Uhr in München gut befehlt mit 8½ stündiger Verspätung von Konstantinopel angekommen. Die Verzögerung ist nicht auf politische Vorgänge zurückzuführen, sondern lediglich auf betriebstechnische Störungen. Die Reisenden berichten, daß in Sofia und auf den bulgarischen Stationen, die die Reisenden berührten, vollständige Ruhe herrschte. Von München geht auch heute wieder der Balkanzug mit dem Ziel Konstantinopel ob.

* Straßenbahnmangel in Eisen. Und wird gemeldet: Gestern früh ließen in der Nähe der Eisenbahndirektion zwei mit Arbeitern vollbesetzte Straßenbahnwagen zusammen. Fünf Personen wurden getötet, 24 schwer verwundet.

* Die neue niederländische Staatsanleihe wird vermutlich 300 Millionen Gulden zu 5% h. befragt.

Jur Aenderung des Artikels 9 der Verfassung

○ Berlin, 9. Oktober. (Drucksbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Den Schwierigkeiten, die der Artikel 9 der Reichsverfassung einstellen der Parlamentarisierung der Reichsregierung noch in den Weg legt, soll dadurch abgeholfen werden, daß in dem Gesetzentwurf, der gestern den Bundesrat passiert hat, verordnet wird, daß die Staatssekretäre jederzeit im Reichstag die Worte zu ergreifen berechtigt sind. Bisher waren sie dazu nicht in der Lage; nur die Mitglieder des Bundesrates hatten das Recht, jederzeit im Reichstag geholt zu werden.

Die Denkmalsdämmerung

Die Angelegenheit der Einschmelzung der Bronzedenkämler hat eine eigentümliche Entwicklung genommen. Als die Einschmelzung zuerst angekündigt wurde, wurde sie von vielen Seiten geradezu mit Verachtung begrüßt. Diese Verachtung wurde hervorgerufen durch die Absicht, eine Reihe von Werken loszuwerden, die sich in künstlerischer Hinsicht durchaus keinen guten Rufes erfreuen. Seitdem es aus aber zur Zeit gekommen ist, daß sich das Bild ganz verändert: auf den verschiedenen Teilen Deutschlands gibt man von lebhaften, ja zwielichen beinahe gefährlichen Streitigkeiten, deren Gegenstand dieses oder jenes zur Einschmelzung in Absicht genommene Denkmal bildet. Dabei handelt es sich in der Regel weniger um künstlerische Werke und Schätzungen, als vielmehr um symbolische Bedeutungen oder Parteiabschreibungen, insfern bald diejenige Gruppe oder Partei leidenschaftlichen Überspruch erhebt, wenn die Hand an das Denkmal einer anderen Gruppe gelegt werden soll — am leidenschaftlichsten, wenn zu befürchten steht, daß andere, feindliche Gruppen ihre Helden im Denkmal etwas erhalten bleiben.

Diese Vorgänge deuten, die Angelegenheit, um die es sich handelt, in ihrem eigentlichen Wesen zu veranschauen, und es ist daher ein Verdacht, daß in einem Aufsatz der bei C. A. Seemann in Leipzig erschienenen „Kunstchronik“ auf den Kern der ganzen Frage hingewiesen wird. Das ist und bleibt aber der Kunstwert des Denkmäler, und es ist nun einmal eine nicht aus der Welt zu schaffende Tatfrage, daß unter der reichen Zahl von Denkmälern, die in den letzten 40 Jahren in Deutschland entstanden sind, sich nur eine recht kleine Zahl von solchen befindet, die ernster künstlerischer Prüfung standhalten, doch vielmehr bei weitem die meisten Werke dieser Art dem Städtebild, der architektonischen Situation, in die sie hingestellt sind, nur abträglich wachsen. Man soll daher ihnen wirklich keine Träne nachweinen, kann vielmehr nur hoffen, daß die Macromdenkmäler nicht den Brennen gegenüber beworfen bleiben, sondern zu gutem Teile ihrem Schicksale folgen mögen. Wenn wir auf diesem Wege z. B. solcher gänzlich verfehlter Unglücksanlagen wie der Denkmälergruppe vor dem Brandenburger Tor in Berlin lebig würden, so könnten wir uns für unsere Denkmalkultur und unsere guten Geschmack bessern nur freuen.

Wenn nun von offizieller und privater Seite in längster Zeit häufig vom höheren Erhalte der eingeschmolzenen Denkmäler die Rede gewesen ist, so ist doch bringend zu betonen, daß ein solcher Erfolg sich nur bei einer recht kleinen Anzahl wirklich gefangener Werke erzielen wird. Läßt die Toten ihre Toten begraben! Alle guten Geister mögen und hörten befehlen, daß noch kein Krieg zum zweiten Mal ein solch un-

gefährlicher Denkmals-Großbetrieb entsteht, wie er im Anschluß an den Krieg von 1870/71 sich entwickelt hat. Die Aufgaben, die das neue Deutschland nach dem Kriege zu bewältigen haben wird, werden ja überdies so groß, so umfangreich und so anspruchsvoll sein, daß wir wohl allen Grund haben werden, Kräfte und Gelder nicht auf unnütze und verfehlte Denkmalsplastiken zu verwenden. So steht denn zu hoffen, daß z. B. auch der ungeheure Plan, den Zobenberg bei Dresden in ein einziges Riesendenkmal umzumünzen, elliptisch wieder in der Versenkung verschwinden wird — arg genug, daß er überhaupt aufgestanden kommt. Nach dem Kriege wird in bezug auf Denkmalschaffung in jedem einzelnen Falle die Bedürfnisfrage peinlich zu erwarten sein: ob es wirklich am Platze und geboten ist, die betreffende Persönlichkeit gerade durch ein Denkmal zu verewigen, ob Städte und Dörfer ein solches erlauben und gebrauchen, und schließlich, ob nicht am Ende doch eine kulturell segensreiche Verwendung des Geldes empfehlenswerter ist. Wenige Denkmäler, diese aber nur von den allerbesten Mestern und in voller Freiheit ausgeschafft, daß sie zu höchster Vollendung gebracht und so ins Städtebild eingegliedert, daß sie zu einem organischen Bestandteile darin werden: das ist die Denkmalspolitik — die einzige —, die eines vornehmen und geschmackvollen Volkes würdig ist.

Aufführung des Wedeburgers Instituts für musikhistorisch-künstlerische Forschung. Das Fürstliche Institut für musikhistorisch-künstlerische Forschung in Bückeburg veranstaltet im kommenden Winter zwei großliche Konzerte, ein Hochstädterorchester, eine Oper, ein Orchesterkonzert und ein Schauspiel geboten. Mitwirkende sind die Damen Sigrid Hoffmann-Onegin (Stuttgart), Wanda Landowska (Berlin), Camilla Lotte Leonard (Hamburg), Anna Ruth Schäfer (Bückeburg), Marie Constanze Weber (Bückeburg) und die Herren Gottlieb Decijen (Werden, Düsseldorf), Christian Überreiner (München), Viola (gamma), Egon Forchhammer (Frankfurt, Tenor), Max von Pauer (Stuttgart, Altbass), Richard Sadie (Bückeburg), Orchesterleitung und Violone, Max Seiffert (Berlin, Virtuose), Franz Steiner (Wien, Tenor), Richard Strahl (Berlin, Altbass), Carl Thiel (Berlin, Chorleitung), Georg Wille (Dresden, Violoncello), Philipp Wollstein (Heidelberg, Altbass), sowie Mitglieder des königlichen Hof- und Domchores aus Berlin, der Berliner Madrigalchor, das Bremer Städtetheater, das Philharmonische Orchester Dortmund, das Dresdner Hoftheater und das Rheinische Trio aus Düsseldorf, si.

Theaterchronik. Karl Schönberr hat ein neues Drama: „Kartenspiel des Lebens“, vollendet. Das Werk ist von Max Reinhardt für seine Bühne zur Uraufführung angenommen worden. Wolfgang Riedel hat eine komische Oper: „Der Wunderfrank“, vollendet, zu der er den Text selbst verfaßt. Das Werk soll am Stadttheater in Düsseldorf zur Uraufführung gelangen.

Ankündigung einer sächsischen Wahlrechtsvorlage

— Dresden, 9. Oktober. (Drucksbericht unserer Dresden-Schriftleitung.) Die „Sächsische Staatszeitung“ berichtet: Unter dem Vorstehe des Königs und in Gegenwart des Kronprinzen habe eine Sitzung des gesamten Ministeriums statt. In ihr wurde als Tag der Einberufung des vorliegenden ordentlichen Landtages der 30. Oktober festgesetzt und das Ministerium des Innern mit der Ausarbeitung einer Wahlrechtsvorlage beauftragt, die die Neuwahl des Landtagswahlkreises zur zweiten Kammer durch die Neuwahl des Wahlkreises der russischen Nachbarschaft befreite.

Gründung einer Kleiderversorgungsgenossenschaft Dresden

— Dresden, 9. Oktober. (Drucksbericht unserer Dresden-Schriftleitung.) Eine Kleiderversorgungsgenossenschaft Dresden, e. G. m. b. H., ist im Zusammenhang mit der Reichsbekleidungsstelle in Berlin, von der Handelskammer Jitscha und von der Handelskammer Dresden für die Handelskammerbezirke Dresden und Jitscha, Kreishauptmannschaften Dresden und Bayreuth sowie Amtschauptmannschaften Oschatz und Grimma, ins Leben gerufen worden. Sie wird den Betrieb des Reichsbekleidungslokals übernehmen, das in Dresden errichtet werden soll. Dem Reichsbekleidungslokals werden von der Reichsbekleidungsstelle zunächst lediglich die von den Kommunalverbänden aufzubringenden getragenen Männeranzüge zur Verfügung gestellt. Diese Männeranzüge werden die Reichsbekleidungslokals in gebrauchsfertigem Zustande von den Kommunalverbänden, nach Belieben, nach Geschäftsstellung, Größe u. dergl. nach dem Reichsbekleidungslokals verkauft.

Vertagung des Reichsrats?

Bildung eines Friedenskabinets Lammasch?

— Wien, 9. Oktober. (Eig. Drucksbericht.) Von jüngsten Mitgliedern des Herrenhauses wird die Situation der gegenwärtigen Regierung für unhalbbar angesehen. Die Tschechen und ihre Freunde wollen sich infolge der Zweiteilung der böhmischen Verwaltungskommission nicht einmal auf den Verhandlungstisch mit Freiherrn v. Kuffnarek stellen. Die Südmänner behaupten ihr ebenso entschieden. Insofern der Vorgänge in der äußeren Politik scheint es einer Reihe von österreichischen Parlamentariern notwendig, eine ausgesprochene Friedensregierung zu schaffen. Sie halten als geeigneten Leiter den Vorkämpfer der Völkerbundsbewegung Hermannsmüller Dr. Lammasch. Weiter wird gemeldet, daß der Reichsrat im Hinblick auf die ganz unsichere parlamentarische und politische Lage in den nächsten Tagen vertagt werden soll.

Die Besetzung Bulgariens

— Sofia, 9. Oktober. (Drucksbericht.) Der Vertreter der Transsibirischen Gesellschaft meldet: Heute vormittag sind im Eisenbahnamt unter Leitung von Morozoff, Generaldirektor der Eisenbahnen und Telegraphen, General Lucioff, dem französischen Oberst Drouot und zwei englischen Offizieren eine große Sitzung statt. Auf der Tagessitzung stand die Übernahme der bulgarischen Eisenbahnen, Straßen, Häfen, Telegraphen und Telephones durch eine Entente-kontrollierte Kommission, sowie eine Besprechung über die Transportmöglichkeiten der Ententeintruppen zu den vertraglich zugeschobenen Besitzungen der strategischen Punkte in Bulgarien. Gestern wurde Sofja wo an der altsibirischen Grenze von der Entente besetzt, heute Răzeni. In der Nacht vom 10. zum 11. soll ein französisches Regiment nach Sofja kommen, wahrscheinlich über Răzeni. Von den unter den Waffen behaltenen fünf Divisionen der bulgarischen Truppen (Gehänge 38—42) werden die 4., 8. und 10. Divisionen aufgestellt. Diese drei Divisionen bilden die Bulgarien 14 gestandene Truppen nach. Nicht mehr und mehr droht sich in der Besetzung der Erkenntnis Sofja, doch für Bulgarien noch lange nicht Frieden ist, sondern Okkupation durch die Entente und Krieg.

Als Ministerkabinett wurde von den Narodniki noch der frühere Handelsminister Zaroff angestellt.

— Bern, 9. Oktober. (Eig. Drucksbericht.) Nach Mitteilungen der „Neuen Athene“ ergaben sich unter den Tausenden von Gefangenen, die im Verlaufe der jüngsten Siegesfeiern in Bulgarien gemacht wurden, dem militärischen Übereinkommen vom 29. September entsprechend, 65 000 Bulgaren den Alliierten.

Zur spanischen Kabinettkrise

— San Sebastian, 9. Oktober. (Eig. Drucksbericht.) Man ist am Montagnachmittag in San Sebastian eingetroffen. Am Dienstagmorgen hatte er seine erste Besprechung mit Dato. Dann begab er sich in den Palast, wo er mit dem König eine Besprechung hatte. In dem Palast zurückgekehrt, erklärte Maury einem Journalisten gegenüber, daß er dem König die Demission des gesamten Kabinetts übertragen werde. Romanones, García Prieto und Cabo werden am Mittwoch in San Sebastian eintreffen, wo die Gespräche sofort aufgenommen werden. Man hat den Eindruck, die Krise nur vorübergehend ist. Man glaubt auch, daß bisherigen Minister ihre Portefeuilles beibehalten werden. Aber werde aussehen. Maury wird, um neue Kompromisse zu vermeiden, selbst das Portefeuille des öffentlichen Unterrichts, das Tänchhof, übernehmen.

Eine Reklamekarte kostet jetzt fünfzig Pfennige. Also soviel wie ein Bier. Unser lieber billiger Bier! Würten wir nicht ohnehin genau, daß die Welt in diesen Jahren und Tagen ein recht unzähliges Gesicht angenommen hat, wie würden es alle die kleinen großen Bürgerhäuser im deutschen Land an den einst so wohl bekannten Bierhäusern merken. — Was Philipp Reclam jun. der über die 6. Nummer seiner Universalbibliothek herausgab, dazu „In eigner Söhne zu sagen hat, davon geben wir das folgende wieder: Die finanzielle Opfer, die der Verlag jahrelang gebracht hat, um weitesten Volkshochschulen geistige Nahrung möglichst billig zu bieten, sind groß, daß häufig die Preise wenigstens einigermaßen den tatsächlichen Sachosten angepaßt werden müssen. Trotzdem bleibt das Reclam-Preisbuch auch heute noch immer das verhältnismäßig wodtschäfste. Es mag jetzt dahingestellt sein, ob es nicht Mittel und Wege öffentlicher Regierung zu dieser gäbe, daß günstige Ergebnisse wie die Reclam-Bücher auch in einem Preisbilliger erhalten werden könnten; ebenso wie sich in einem Kulturland die Möglichkeit finden lassen müßte, es durch befrüchtende Mahnungen zu verbieten, daß von einem Werk wie der Universalbibliothek — um das man Deutschland beneidet —, nahezu die Hälfte in seiner Wirkung ausgeschaltet wird: etwa 2 700 von den 6 000 Nummern, darüber z. B. die wichtigsten Werke unserer Literatur, fehlen beim Verlag auf Lager und können aus Papiermangel und wegen anderer Herstellungsmöglichkeiten nicht neu gedruckt werden. — Das ist die leichte Frage, um so mehr Gewicht zu legen führt man sich verlaßt amüsierend der T